

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

278 (27.11.1917)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkalter monatl. 30 P., 1/2jähr. 2,70 M., Zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 8 M.; durch die Post 1,01 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Selbstpost 1,05 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 1/2-1 u. 2-3/4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 P., Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluss d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Beck & Co., Karlsruhe.

Der badische Landtag

tritt morgen — zum dritten Male während des Krieges — zusammen, diesmal zu einer ordentlichen Landtag. Die am Schluß des letzten — außerordentlichen — Landtags vom Präsidenten Hohenzollern geäußerte Hoffnung, daß der nächste Landtag im Zeichen des Friedens seine Arbeiten aufnehmen möge, hat sich leider nicht erfüllt. Noch immer tobt der Kampf der Schlachten, das entsetzliche Morden, das Verwüsten will kein Ende nehmen. Die Kriegslasten wachsen lawinenartig und kein Mensch weiß heute, wann und wie diese furchtbare Menschheitskatastrophe ihren Abschluß finden wird. Nur so viel steht fest: eine neue Welt wird aus dieser gewaltigsten aller Revolutionen hervorgehen. In Baden wie überall allerdings so viel wie nichts zu bemerken. Die badische Regierung hat unter der Ägide Dutsch dem Ruhmeskranz des ehemaligen liberalen Ministerpräsidenten kein neues Gesicht eingehaucht. Es gibt in ganz Deutschland keine Regierung, bei der die neue Zeit so wenig Spuren hinterlassen hat, wie bei der badischen Regierung. Herr v. Dutsch, der seines Amtes ewig müde, dabei aber sich an dasselbe Krampfhaft festklammernde Ministerpräsident ist ein ausgesprochenes Feind jeglicher politischer Neuorientierung. Der alte in allen Dingen tragende bürokratische Obersteinstaat ist sein Ideal. Wenn es nach den Wünschen dieses Mannes ginge, würde in Baden so ziemlich alles beim Alten bleiben. Auf dem letzten Landtag sprach er sich mit der ihm eigenen nervös überreizten Art gegen jede durchgreifende politische Reform aus. Sogar der Verzichtung der Reichswahl für die Kommunalwahlen widersetzte er sich. Nur Günstigkeit der Längst gänzlich unhaltbar gewordenen Kreisverfassung zeigte er sich zu einer Reform geneigt.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß seine übrigen Ministerkollegen diesen altliberalen Standpunkt nicht teilen und daß nur die durch den Krieg bedingten außerordentlichen Umstände einen Konflikt im Ministerium selbst verhindern. Jedenfalls hat der das politische Reform-Verwaltende Minister v. Bodmann sich hinsichtlich der politischen Neuorientierung höchlich reservierter verhalten, als der Vorsitzende des Staatsministeriums. Indessen gilt auch hier das Wort: Mühselig, mühselig. Kann sich Herr v. Bodmann nicht dazu entschließen, grundsätzlich neue Wege zu gehen, dann wird das bisher in ihm gefühlte, wenn auch sehr beschränkte Vertrauen eine harte Erschütterung erleiden und dies um so mehr, als die übertrieben bürokratisch gebaute Verwaltungspraxis des jetzigen Ministers des Innern ebenfalls eine sehr harte Inanspruchnahme ausgesetzt hat. Dieser übertriebene Bürokratismus verzehrt eine Menge von Kräften, die gerade in der jetzigen Zeit, wo es an allen Ecken und Enden an Arbeitskräften mangelt, bessere und zweckmäßigere Verwendung finden könnten. Gewiß ist es an sich begründbar, wenn ein Minister bei den von ihm zu treffenden Maßnahmen veraltungstechnischer Art den Rat und das Gutachten von sachverständiger Seite einholt. Man kann aber auch hier des Guten zu viel tun, zumal wenn man — wie das in Baden geschehen ist — damit die Durchführung dringend notwendiger Verordnungen auf dem Gebiete der Lebensmittellieferung um Monate verzögert, oder wie das bei der Obstversorgung der Fall war, sich krampfhaft an den toten Buchstaben einer Reichsverordnung klammert, anstatt wie es in anderen Bundesstaaten geschehen ist, den besonderen Verhältnissen des Landes Rechnung zu tragen. Zu allem kam noch die privilegierte Stellung, welche Herr v. Bodmann der badischen Landwirtschaftskammer verschafft hat und die dieses Institut in einer der weitesten Kreise des badischen Volkes empörenden Weise für sich auszunutzen verstanden hat. Obwohl wir uns im vierten Kriegsjahr befinden, hat die Landwirtschaftskammer bis heute noch keine Rechnung über ihre Geschäftsbühren abgelegt. Einweilen ist diese Rechnungsablage nur in Aussicht gestellt. War doch auf das Ergebnis derselben gespannt. So viel steht heute schon fest, daß die Landwirtschaftskammer es ausgezehrt verstanden hat, unheimlich große Summen zu verdienen. Sie gehört zu den größten Kriegsgewinnlern unseres Landes. Wie groß die Summen sind, die sie bei ihren Geschäften erbringt, hat erhellend einermäßen aus der Tatsache, daß das Institut Hunderttausende für den Anlauf einer Sandpiste ansetzt, um auf derselben ein Gut zu errichten. Geradezu unheimlich viel Geld hat die Landwirtschaftskammer bei ihrem Obsthandel verdient. Wurden ihr doch an Praxiss für jeden Zentner Obst, den sie an die Marmeladenfabriken lieferte, 4 M. bewilligt. Dafür kauft man in Friedenszeiten einen Doppelkugler Marmeladenobst. Angesichts solcher Gewinne, die allein die Landwirtschaftskammer bei der Marmeladenproduktion einsteckt, braucht man sich über die hohen Marmeladenpreise nicht mehr zu wundern. Reine Güter Gewinne hat die Landwirtschaftskammer aber auch bei sonstigen von ihr betriebenen Geschäften gemacht. Die Geschäftstätigkeit dieses Instituts ist eines der dunkelsten Blätter in der Geschichte der badischen Lebensmittellieferung während des Krieges.

Wie sich die politische Situation auf dem bevorstehenden Landtag gestalten wird, läßt sich nicht vorhersehen. Die National-Liberalen scheinen wenigstens in der Frage der Vereinfachung des Dreiklassenwahlrechts für die Gemeindeväster einlenken zu wollen. Ob sie auch in anderen politischen Fragen ihren bisherigen Standpunkt aufgeben, wird sich bald zeigen. Das Zentrum hat auf dem letzten Landtag sich gegenüber den politischen Forderungen, die eine Demokratisierung der Verfassung bezwecken, äußerst kühl und reserviert verhalten. Inwiefern die politischen Vorgänge im Reich auf die Haltung des badischen Zentrums aus-

rückwirken, läßt sich schwer beurteilen. Immerhin darf man hoffen, daß das badische Zentrum sich nicht in Gegensatz zu der Haltung des Zentrums im Reichstag stellen wird.

Die Haltung der Sozialdemokratie ist durch das von ihr dem letzten Landtag präsentierte Aktionsprogramm bestimmt. Die sozialdemokratische Fraktion ist — wie sie oft genug betont hat — zur positiven Mitarbeit beim Ausbau unseres Staatswesens bereit. Sie stellt keine Forderungen, deren Durchführbarkeit sich unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen. Ihre Stellungnahme gegenüber der Regierung hängt davon ab, wie sie diese den Forderungen unserer Fraktion gegenüber verhält. Wir sprechen es offen aus, daß wir wenig Hoffnung darauf haben, mit dem gegenwärtigen amtierenden Ministerium in Erfolg versprechender Weise zusammen arbeiten zu können. Das gilt vor allem gegenüber dem Staatsminister v. Dutsch. Das Vertrauen der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber diesem Minister ist restlos geschwunden. Wir haben nicht die geringste Hoffnung, unter der Ägide Dutsch auch nur ein Minimum dessen zu erreichen, was vom Standpunkt der berechtigten Forderungen auf dem Gebiete der politischen Neuordnung zu verlangen ist. Bleibt Herr v. Dutsch Ministerpräsident, so kann es für die Sozialdemokratie nur eine Parole geben: Entschiedenste und schärfste Opposition. Die Interessen des Landes fordern gebieterisch eine Veränderung in der Zusammenstellung des gegenwärtigen Ministeriums. Dabei muß der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß, wenn eine Veränderung erfolgt, auch in Baden vor der Neubestellung der Ministerposten mit der Volkvertretung Fühlung genommen wird. Der rein bürokratische Obersteinstaat hat sich auch in Baden überlebt.

Von den an den Landtag zu stellenden politischen Forderungen steht die Änderung der Städteordnung an erster Stelle. Die Notwendigkeit einer grundlegenden demokratischen Reform auf diesem Gebiete bedarf keiner Begründung mehr. Wir unterstützen die Schwereitigkeiten, die sich der Bearbeitung dieser Materie im gegenwärtigen Augenblick entgegenstellen, nicht,

sie sind aber nicht so groß, als daß sie bei einigem guten Willen nicht überwunden werden könnten. Abgesehen von der politischen Seite muß vor allem das Selbstverwaltungsrecht der Städte eine den Zeitverhältnissen entsprechenden Erweiterung erfahren. Der heimliche Schwindel und lehrmüder Bürokratismus der Staatsbehörden gegenüber den Städten muß endlich überwunden werden. Die Ausdehnung der Stadtwirtschaft macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, den Verwaltungsmechanismus der Städte zweckentsprechend umzugestalten. Eine Demokratisierung des Wahlrechts bildet die dafür unumgängliche Voraussetzung.

Ueber die Notwendigkeit einer Änderung der Kreisverfassung ist kein Wort zu verlieren. Es wäre sehr wünschenswert, wenn schon auf diesem Landtag die Reform derselben erfolgen würde.

Das Proportionalwahlrecht für den Landtag ist eine alte Forderung, deren Verwirklichung endlich an der Zeit wäre. Der Widerstand der Regierung dagegen ist nachdrücklich, sobald das Zentrum seinen ablehnenden Standpunkt aufgibt. Wir möchten glauben, daß das Zentrum, das früher selbst diese Forderung gestellt und mit Entschiedenheit vertreten hat, keinen stichhaltigen Grund hat, sich gegen die Einführung der Proportionalwahl zu stemmen.

Die Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung ist ein ebenso schwieriges wie dringendes Problem. Es ist sichergestellt, so wie bisher weiter zu wirtschaften. Die Vereinfachung ist zur gebieterischen Notwendigkeit geworden. Mit Reformen ist es hier nicht mehr getan, das Uebel muß an der Wurzel gefaßt werden. Die Modernisierung der Staatsverwaltung ist allein schon durch den ins Riesenhafte angeschwollenen finanziellen Aufwand bedingt. Vor allem aber ist auch eine Verjüngung des Beamtenapparates in den oberen Regionen nicht mehr zu umgehen, wenn wir nicht in äußerst mißliche Zustände hineinfallen sollen. Die jüngeren mit reichlicher Initiative und na-

Weitere Angriffe der Engländer u. Franzosen abgeschlagen.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 26. Nov. (WVB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern nur zeitweilig zwischen Boesclapelle und Cheluvert gesteigerte Feuerstätigkeit. Vorkämpfe verliefen für uns erfolgreich und brachten Gefangene ein. Nordöstlich von Basinchendaele scheiterte der Vorstoß eines englischen Bataillons.

Auf dem Schlachtfelde südwestlich von Chamberai wiederholte der Feind hartnäckig seine Angriffe auf Fuch. Die dort in den vorhergehenden Tagen in Abwehr und Angriff bewährten Truppen wiesen auch gestern den Feind restlos ab.

Unter Vernichtungsfener schlug in feindliche Truppenansammlungen und in die Bereitstellungen zahlreicher Panzerkraftwagen südlich von Graincourt. Schwächere Infanterie stieß gegen Bourlon vor, sie wurde zurückgeworfen.

Aus den letzten Kämpfen bei Bourlon hinter unseren Linien verbliebene Engländertruppen wurden in blutigem Nahkampf gesäubert. 3 Offiziere, mehr als 300 Mann an Gefangenen, 20 Maschinengewehre wurden erbeutet. Am Südweltrande des Waldes von Bourlon und westlich von Fontaine brachten uns nächtliche, sehr heftige Handgranatenkämpfe den erwünschten Geländegewinn.

Nördlich von Banteux griff der Feind nach heftigem Trommelfeuer an. Er wurde abgewiesen.

Ein englischer Vorstoß östlich von Gricourt brach vor unseren Hindernissen zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nach starker Feuersteigerung griff der Franzose in 4 Kilometer Breite zwischen Samogneux und Beaumont an. Seine ersten Angriffswellen, durch unser Infanterie- und Artilleriefeuer zerprengt, stürzten in ihre Ausgangsstellungen zurück. Mehrfache Anstürme neu angelegter Kräfte brachen in unserer Abwehrzone zusammen. Zahlreiche Turkos, Zuaven und andere Franzosen wurden gefangen.

Das starke Feuer griff von dem Gefechtsfelde auch auf die benachbarten Abschnitte über und hielt namentlich zu beiden Seiten von Ornes tagsüber in großer Stärke an.

Infanterie, Schlacht- und Jagdflieger griffen trotz heftigen Sturms und Regens erfolgreich in den Kampf ein und unterstützten auf dem Gefechtsfelde bei Cambrai und an der Maas unermüdlich Führung und Truppen.

Östlicher Kriegsschauplatz

Mazedonische Front

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

In örtlichen Gebirgskämpfen erzielten unsere Truppen Erfolge und behaupteten sie gegen italienische Gegenangriffe.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 26. Nov. abends. (Amtlich.) Von den Fronten sind bisher keine besonderen Ereignisse gemeldet worden.

Schwere Verluste der Schotten bei Cambrai.

Berlin, 26. Nov. Der Londoner „Daily Telegraph“ hebt hervor, daß in der Schlacht von Cambrai die Schottländer den Hauptblutzoll entrichtet haben. Sämtlich eingeleitete schottische Brigaden haben außerordentlich schwer gelitten. Zwei schottische Brigadeführer sind gefallen. Bei der Einnahme eines feindlichen Mindepots erlidierte dieses, wodurch ein hoher Stab schwere Verluste erlitt.

Zur Friedensfrage.

W. B. Copenhagen, 26. Nov. Die Wätter veröffentlichen das Gerücht, die Sozialisten hätten beschlossen, den Minister des Äußeren Seavenius zu ersuchen, sich an die anderen neutralen Staaten zu wenden zwecks Prüfung der Frage, ob die Zeit günstig für die Neutralen sei, das Anerbieten einer Friedensvermittlung zu machen. Das Nihau-Bureau erfährt, Minister Seavenius habe keine solche Aufforderung erhalten. Wenn eine solche Aufforderung erfolgen sollte, würde die Antwort in Uebereinstimmung mit dem bei früheren Gelegenheiten eingenommenen Standpunkte der Regierung lauten, daß die Regierung sich nicht imstande sehe, in der gewünschten Richtung die Initiative zu ergreifen.

Ein Dementi des Vatikans.

Basel, 26. Nov. „Osservatore Romano“ veröffentlicht folgende Note: Einige Agenturen und Wätter, besonders ausländische, melden, daß der Heilige Stuhl einen neuen Aufruf zugunsten des Friedens an die beiden kriegführenden Mächtegruppen oder eine dieser beiden Gruppen richtete oder demnächst richten wird. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Meldung jeder Begründung entbehrt.

Buchanans Abreise von Petersburg.

Kopenhagen, 26. November. (WVB. Nicht amtlich.) „National Tidende“ meldet aus Gagaranda: „Suwstjabs Bladet“ berichtet: Die englische Bottschaft ist am 23. November von Petersburg abgereist und soll durch Wiborg gekommen sein. Seitdem hat man aber nichts von ihr gehört. Es wird angenommen, daß der Zug in Finnland zurückgehalten wird. Das Blatt „Dien“ teilt mit, daß die Maximalisten die Goldreserve der Staatsbank beschlagnahmt haben.

mentlich auf dem wichtigen Gebiete der Volkswirtschaft, besser ausgerüsteten Beamten vertrauen unter dem gegenwärtigen Regime förmlich, bis sie zu einer einigermaßen selbständigen Stellung gelangen. Dadurch gehen dem Staate die wertvollsten Kräfte dauernd verloren, denn wer etwas Tüchtiges leisten kann, wartet nicht jahrelang bei völlig ungenügender Bezahlung, bis er eine Katsjelle im Ministerium erklert hat. Das Problem einer genügenden Beamtenbesoldung hängt mit dem Problem der Systemänderung in der Besetzung der höheren Verwaltungsstellen und ebenso mit dem System der Pensions- und Renteversorgung untrennlich zusammen. So lange der Staat im wesentlichen nichts anderes ist, als eine Versorgungsanstalt für die Mittelmäßigkeit, ist eine bessere Besoldung der Beamten, insbesondere der tüchtigen, über das Mittelmaß hinausragenden nicht zu denken, jegliche Reform auf diesem Gebiete bleibt flüchtig. Die durch den revolutionären Krieg bedingte Ausdehnung der Staatswirtschaft würde zum Bankrott führen, wenn das Regierungssystem keine grundlegende Aenderung erfahren würde. Die staatliche und kommunale Bewirtschaftung der Lebensmittel und Bedarfsartikel hat die Fehler des gegenwärtigen Systems zum Greifen bloßgelegt.

Schlieflich sei noch auf die Reform der ersten Kammer hingewiesen. Eine Veseitigung dieser Institution schert leider an dem Widerstand der beiden großen bürgerlichen Parteien. Es ist ein absolut unheilbarer Zustand und eine Beleidigung für die große Mehrheit des baltischen Volkes, daß die paar Duzend adeligen Großgrundbesitzer und Standesherrn des Landes mehr als ein Drittel der Mitglieder der Ersten Kammer stellen. Mit diesen Privilegien des hohen und niederen Adels, die sich längst überlebt haben und für die nach diesem Kriege auch nicht der blaueste Schein einer historischen Berechtigung mehr besteht, muß endlich aufgeräumt werden. Warum ein paar Duzend Standesherrn und Großgrundbesitzer mehr politische Rechte haben sollen, als die sämtlichen Städte des Landes, die Industrie, das Gewerbe, das Handwerk und die Universitäten, ist schlechthin unbegreiflich. Unser Bürgerium würde sich jeden Rechtes auf Achtung erheben, wenn es sich diese politischen Privilegien des Adels noch weiterhin gefallen ließe. Der einfache Bürgerstolz, die elementare Selbstachtung müßte sich gegen die Aufrechterhaltung dieser vorurteillichen Privilegien empören. Diese politische Privilegierung des Adels bedeutet nichts weiter als einen historisch gänzlich falllos gewordenen Hemmschuh am Staatswagen. Gibt es doch unter diesen privilegierten Herren solche, die gar nicht im Lande wohnen, nie an den Sitzungen der Ersten Kammer teilnehmen, es sei denn, es gilt, dem politischen Fortschritt Steine in den Weg zu legen. Es ist ein Reiz, daß einzelne dieser Herren in fast sämtlichen deutschen Oberhäusern Sitz und Stimme haben, und das lediglich durch den Zufall der Geburt. Daß für solche Staatsleistungen nach diesem Kriege kein Platz mehr übrig ist, sollte für jeden Staatsbürger, gleichwohl welcher Partei er angehört, eine glatte Selbstverständlichkeit sein.

An Arbeit fehlt es — wie ersichtlich — dem Landtag nicht. Wir möchten wünschen und hoffen, daß dieser Landtag nicht so ergebnislos zu Ende geht, wie sein Vorgänger. Geht es trotzdem, je nun, dann hat das baltische Volk das Wort. Uns bangt vor seinem Urteil nicht, wir sehen dem nächsten Volksgerechtig mit Ruhe und Zuversicht entgegen.

Die Lage in Rußland.

Rußland und seine Verbündeten.

Wien, 26. Nov. (M. N. Nicht amtlich.) Das Wiener k. und k. Telegraphen-Korrespondenz-Büro meldet: Der Generalissimus ließ an die russischen Armeen die Nachricht gelangen, daß die Vertreter der Entente Staaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestierten, der zwischen der Regierung des Zaren und den Regierungen der Verbündeten am 5. September 1914 geschlossen worden ist. Anknüpfend hieran drohen die Vertreter der Entente Staaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, besonders ein Sonder-Waffenstillstand, schwerste Folgen nach sich ziehen werde. In einer weiteren Mitteilung eröffnet das russische Oberkommando dem ihm unterstellten Kommandanten, die amerikanische Regierung habe erklärt, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, so lange die Lage dieses Landes nicht geklärt sei. Sollten die Bolschewiki an der Macht und sollte ihr Programm bleiben, Frieden mit Deutschland zu schließen, dann werde die amerikanische Regierung das erlassene Ausfuhrverbot aufrechterhalten.

In einem Telegramm an alle militärischen Komitees der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte reagiert der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten, Trozki, auf diese Mitteilung des abgesetzten Höchstkommandierenden Duchonin. Er verweist darauf, daß die Vertreter der Verbündeten sich einer unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, den Bürgerkrieg herbeizuführen, wenn sie sich mit diplomatischen Noten an den General wenden, der wegen Ungehorsams gegen die Regierungsmaßnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der Vertreter der Verbündeten, durch Drohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, wird die russische Regierung nicht davon abbringen, ihren Weg zu einem ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern stimmen mit ihr überein. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes für einen sofortigen Waffenstillstand auf und schließt mit den Worten: „Nieder mit allen Geheimverträgen und diplomatischen Mäusen“.

Trozki veröffentlicht die Geheimverträge.

Berlin, 26. Nov. Die „Stocholmer Zeitungen“ haben heute früh ebenfalls mit der Veröffentlichung der von Trozki preisgegebenen Entente-Geheimverträge begonnen. Ihr Inhalt deckt sich mit den Angaben, die Reichszangler Dr. Michaelis darüber im

Sommer vor Pressevertretern machte. Rußland ist in den Geheimverträgen Konstantinopel mit Umgebung zugesichert worden, Frankreich Elsass-Lothringen, die türkische Einflussphäre usw. Neu ist die jetzt enthüllte Tatsache, daß die ebenfalls stipulierten Neutralisierung der westlichen Rheinlande, antihönd an Elsass-Lothringen, den russischen Truppen vorbehielt, das Rheinufer besetzt zu halten, bis die internationale Friedenskonferenz über die endgültige Bestimmung des Rheingebietes Beschlüsse gefaßt habe. Diese Aufgabe scheint sogar der Vorrang gewesen zu sein, unter dem man das kleine russische Expeditionskorps nach Frankreich schickte. Inzwischen hat es bekanntlich gemeutert und mit den französischen Bundesbrüdern Schüsse gewechselt. Trotz aller Drohungen, welche die Entente durch Funksprüche nach Rußland sandte, daß man selbst vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht zurückweichen werde, wenn die Geheimverträge veröffentlicht werden würden, hat der russische Arbeiter- und Soldatenrat den Mut besessen, die Eroberungsziele der Herren Boincare und Lloyd George vor aller Welt zu demonstrieren. Heute sucht die Entente, da sie an dem Geheben nichts mehr ändern kann, den Geheimverträgen jeden Wert abzutreiben und zu behaupten, sie wären schon lange außer Kraft. Sie kann aber doch nicht leugnen, daß sie offiziell niemals die Gültigkeit dieser Verträge aufgekündigt hat. Das Pariser Auswärtige Amt läßt das Versprechen Ribots nicht ein, die Geheimverträge bekannt zu machen unter Verwahrung darauf, daß man sich erst mit der russischen Regierung verständigen müsse. Jetzt wird es klar werden, wer die Veröffentlichung verhindert hat, daß die Rheinlande von Deutschland besetzt und von russischen Truppen besetzt werden sollten, bis eine Friedenskonferenz Frankreichs Annektionsgelüste befriedigen würde. Diese Ausbedung muß natürlich in Paris sehr peinlich empfunden werden und die französischen Sozialisten zwingen, erneut im Parlament verteidigt zu werden, um Clemenceau zu einer unabweisbaren Aeußerung über seine Kriegsziele zu zwingen.

Vor neuen blutigen Unruhen in Finnland.

Helsingfors, 26. Nov. (M. N. Nicht amtlich.) „Berlingske Tidende“ berichtet aus Haparanda: Die Landtagsgruppe der finnischen Volkspartei richtete an das finnische Volk die Aufforderung, sich zusammenzuschließen zur energischen Bekämpfung der Anarchie. Die Stadtwahlverwaltungen werden aufgefordert, sie hierin möglichst zu unterstützen. Die übrigen bürgerlichen Parteien veröffentlichten ähnliche Aufrufe. Man erwartet binnen kurzem den Ausbruch neuer blutiger Unruhen.

Die Heuchelei der Entente

wird von dem Kopenhagener „Sozialdemokraten“ treffend wie folgt charakterisiert:

„Die neue russische Regierung hat Freiheit und volles Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen Rußlands proklamiert. Wenn es wahr ist, daß die Entente 3 1/2 Jahre lang für die Abschaffung des Militarismus und die Anerkennung der Freiheit aller Nationen Krieg geführt hat, so sollte man glauben, daß nun in den Ententeländern Freude, ja Begeisterung darüber herrscht, daß in Rußland eine Partei zur Macht gelangt ist, die die sofortige Freiheit aller Nationalitäten proklamiert. Was die Lenin-Trozkische Regierung nun für die vielen Völker Rußlands proklamiert, ist ja nur das, was die Entente in ihrer Antwort an Wilson als ihr Kriegsziel bezüglich Österreich-Ungarns erklärt hat. Jetzt aber, wo dieses Ziel in Rußland durchgeföhrt wird, wird es für Anarchie erklärt. Gleichzeitig versucht man, die Friedensrevolution aufs schrecklichste anzuschwarzeln und jammer über das Blut, das vergossen wird. Aber das Blut, das die russische Revolution kostete, ist nur ein Tropfen im Vergleich zu dem Blutmeer, das der Krieg verurteilt, den gerade die Kapitalistenpresse der Entente bis ins Grenzgebiet ausgebeutet haben will. Die Wahrheit ist, daß die Kapitalisten Frankreichs, Englands und Amerikas bedeutende Summen in Rußland angelegt haben und noch weiter mit Ausblick auf ungewöhnlichen Nutzen anzulegen hoffen. Jetzt fürchten sie, daß die russischen Völker wirklich die Selbstverwaltung erhalten und daß dadurch die Aussicht auf Gewinn verringert wird.“

Ausland.

Massenabfuhr von Japanern in Brasilien. Laut einer im „Allgemeinen Handelsblatt“ vom 13. Nov. wiedergegebenen Meldung des „South American Journal“ schloß Brasilien einen Vertrag mit japanischen Kolonisationsgesellschaften, wonach diese 20 000 Landwirtschaftsfamilien zum Anbau von Reis und Getreide nach Brasilien zu bringen haben. Ähnliche Verträge sollen mit russischen und englischen Gesellschaften geschlossen werden.

Gleiches Gehalt für Lehrer und Lehrerinnen in Norwegen. Ein Regierungserlaß in Norwegen regelte die Gehaltsfrage der Lehrer an Gemeindefchulen dahin, daß den Lehrern ein Anfangsgehalt von 2160 Kr., den Lehrerinnen ein solches von 1440 Kr. zukommt, was, auf die Unterrichtsstunden berechnet, eine Gleichstellung der Gehälter bedeutet.

Schwert und Feder.

Das Friedensprogramm des holländisch-standinavischen Komitees von Stockholm ist, wie Wilhelm Jansson im neuesten Heft der „Globe“ darlegt, nicht nur auf vielfachen Widerspruch gestoßen, sondern auch ohne jede Wirkung verpufft. Genau so würde es nach Jansson gehen, wenn eine kriegsführende Regierung ein ins Einzelne gehendes Friedensprogramm vorlegen wollte. Solange die endgültige Waffenentscheidung aussteht, ist jedes Friedensprogramm verurteilt, durch die militärischen Ereignisse überholt zu werden. Noch vor vier Wochen konnte daran gedacht werden, Italien gewisse Konzessionen im Rahmen der Angebote Österreich-Ungarns vom Frühjahr 1915 zu machen. Wer heute der Donau-Monarchie das zumuten würde, riskierte ausgelacht zu werden. Jede militärische Entscheidung verändert die Situation auch dann, wenn man 43 über gewisse Prinzipienfragen des einmal kommenden Friedens klar und einzig ist. Im Sommer 1917 war der sogenannte „Scheidemann-Frieden“ deutscherseits eine realpolitische Möglichkeit; ob er in einem Jahre ist, vermag heute niemand zu sagen. Die Germanen haben ihn abgelehnt, weil

sie mehr vom Kriege erhofften; wenn der Krieg ihnen weniger bringt, ist es ihre eigene Schuld. Da der Krieg weder durch die Diplomaten noch durch die Zeitungsredakteure entschieden wird, sondern durch die Soldaten, ist es allemal richtiger, auf die Hindenburgsche Karte zu setzen. Die „Weltrevolution“ wird revolutionär, d. h. in diesem Falle militärisch entschieden werden. Das wirkliche Programm ihrer Beendigung wird sich aus ihrem Verlauf ergeben. Es kommt auf die Kräfte an, die sie noch in ihrem Verlaufe auslösen und auf sonst nichts.“

Jansson betont dabei, daß deswegen unsere Friedenspropaganda nicht überflüssig sei. Sie sei notwendig, um den Willen der Völker auf die kommenden gemeinsamen Interessen zu lenken und sie langsam des Hasses zu enttöuben. Auch hätten Friedensprogramme einen propagandistischen Wert; aber die zündenden kurzen Schlagworte der Entente-Regierungen, auch wenn ihr tragendes Prinzip die Heuchelei sei, hätten in dieser Richtung mehr Erfolg als langatmige Friedensprogramme. Jedenfalls sei noch kein Krieg durch die Propaganda entschieden worden. Mag daher der Verständigungsfriede propagandistisch für Deutschland eine unabwiesbare Notwendigkeit sein, so darf man sich nicht dem Wahn hingeben, daß derzeitige Friedensprogramme uns dem Frieden jemals auch nur um den kleinsten Schritt näherbringen könnten. Die wahren Kriegsziele der Entente seien in ihren veröffentlichten Geheimverträgen enthalten und liefen auf ihre Bereicherung auf Kosten Deutschlands hinaus. Deshalb habe die ganze Arbeit von Stockholm keinen Erfolg haben können. Einmal habe noch immer nur das Schwert realpolitischen Wert.

Deutsches Reich.

Noch keine Reform des preussischen Gemeindevahlrechts.

Die „Germania“ hatte mitgeteilt, die Neuordnung des preussischen Gemeindevahlrechts werde sich der Neuordnung des Wahlrechts für den Landtag anschließen. „Die beteiligten Zentralinstanzen sind“, schrieb das Blatt, „mit zur Erarbeitung schon seit längerer Zeit befaßt. Allerdings soll die Neuordnung nicht mehr im gegenwärtigen Landtag zur Erledigung kommen, sondern dem nach der Wahlreform zu wählenden Landtage vorbehalten bleiben. Leitende Gedanken werden allerdings auch in dieser Frage Vereinfachung des Wahlverfahrens, Befestigung der Wahlen in drei Abteilungen und die Durchführung der geheimen Wahl sein.“

Hierzu bemerkt das „Berliner Tageblatt“: Wir brauchen nicht erst zu betonen, daß wir eine gründliche Reform des Gemeindevahlrechts für dringend notwendig halten und jede dahingehende Initiative der Regierung begrüßen würden. Auf Anfrage im Ministerium des Innern wird uns indessen erklärt, daß die Meldung der „Germania“ nicht den Tatsachen entspreche, da noch nicht einmal irgendwelche Vorarbeiten im Gange seien. Sache der reformfreundlichen Parteien wird es jetzt sein, die Reform des Gemeindevahlrechts ernstlich in die Wege zu leiten.“

Die J.-E.-G.-Seringe.

Wir behandelten an dieser Stelle in Nr. 275 die Anklage des Reichsgerichtsrats Dr. Ernst Reufkamp gegen die J.-E.-G. wegen ihres Heringskaufes in Norwegen. Mit Bezug hierauf erhält nun das „Berliner Tageblatt“ folgende Zuschrift:

„Die Zentraleinkaufsgesellschaft scheint sich in der Rechtfertigung ihres Millionenverlustes beim Ankauf der norwegischen Heringe nicht mehr genau der Tatsachen erinnern zu können. Vielleicht wird ihr das durch folgende Zeilen erleichtert. Wenn ein Großkaufmann für zehn oder elf Millionen Mark Heringe in Norwegen kaufen will, kauft er unter genau angegebener Beschaffenheit gegen Schauerchein (Zertifikat). Zum Kaufen genügt ein Telegramm oder ein Brief. Eine Postkarte täte es auch. Die J.-E.-G. aber schickte eine glänzende Gesandtschaft, Leute, die sämtlich über gute englische Sprachkenntnisse verfügen, ein oder zwei Direktoren, einen Prokuristen und ein Schreibfräulein unter Führung eines Rechtsanwalts nach Norge hin. Dort haben die Herren mehrere Tage lang Kaufverhandlungen geführt und schließlich einen Vertrag mit 41 Paragraphen darüber aufgesetzt. Die Norweger unterwarfen sich, in den Augen Gram, in den Wiener Kammern, dem schlau erdachten Advokatenvertrage, stellten aber angesichts der klaren und jede Einzelheit berücksichtigenden Paragraphen Maß, Mühenbreite, Herkunft, Salzgehalt, Verpackung, Preis, Lieferzeit, Gewähr (besonders Gewähr) die einzige harmlose Bedingung, daß sie zu wenigstens keinen Schauerchein (Zertifikat) beizubringen brauchten. Der bescheidene Wunsch ward ihnen von den Herren zugestanden. Die hatten ja ihre 41 Paragraphen!“

Die Heringsfässer kamen. Was drinnen war, das waren lauter kleine, zehn bis elf Zentimeter lange Fische in viel Salzbrühe — nur keine dreierdigen, schweren Fetteringel! Sofort wurden sie natürlich beanstandet! Da schrieben die Norweger kurzerhand: „Wir haben ein Geleß (die 41 Paragraphen!) und danach ist alles in Ordnung. Seid doch froh, daß wir euch keine Kiesel, Muschelschalen oder Köfenmöbinger geschickt haben. Wir sind aller Gewähr frei, wenn kein Schauerchein (Zertifikat) übergeben ist. Wenn er übergeben ist, stimmt’s. Wenn nicht, braucht es nicht zu stimmen.“

Da sah nun die Zentraleinkaufsgesellschaft mit ihrer Kenntnis des Englischen und ihrer Rechtskenntnis auf den „Hering“ und ihren 41 Paragraphen. . .“

Eine Demonstration der Unabhängigen.

Berlin, 26. Nov. (M. N. Nicht amtlich.) Die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands versuchte am gestrigen Totensonntag im Norden und Osten Berlins Kundgebungen auf den Straßen zu veranstalten. Die Ansammlungen von einigen hundert Berliner schlossen sich am Wilhelmsplatz und Schlesischen Bahnhof und schließlich am Hilow-Platz zusammen und verhielten sich dort in das Stadlinnere zu gelangen. Die Menge stieß am Neumarkt mit der Polizei zusammen, wobei neun Zwangsgestellungen erfolgten. Das Straßenbild am späten Nachmittag war wieder wie gewöhnlich.

prozentmäßigen Einschränkung bleiben, da angenehmer ist, daß diese Kleinabnehmer schon soviel an Gas gespart haben.

W Pforzheim, 26. Nov. Bestattungsfeier. Unter starker Beteiligung fand heute, vormittags 1/11 Uhr, die Beerdigung des Bürgermeisters unserer Stadt, Hauptmann Dr. Schwaiblmair, statt.

Der Eisenbahnüberwachungsdiens. Das stellvert. General-Kommando des 14. A.-K. gibt bekannt, daß der Eisenbahnüberwachungsdiens von Ueberwachungsreisenden, in der Regel in Zivil, ausgeführt wird.

Ruhmarmachung von Linden- und Akazienfamen. Man schreibt uns: Nachdem die Entlaubung der Linden- und Akazienbäume nun erfolgt ist, läßt sich deren Ertrag an Früchten leicht übersehen.

Handarbeit bearbeitetes Stück Feuerstein ist mehr bekannt aus dem Anfang der langen Tertiarzeit oder gar der dahinter liegenden wilden Saurierzeit.

Aber es müßten doch, sagt man, Knochen von ihm selber erhalten sein, edle Menschenknochen, verfeinert in den Schieferfelsen neben den Gerippen der Röhrenschnecke.

Ganz gewiß sind uns nicht von allen Wesen, die auf Erden einmal gelebt haben, notwendig auch verfeinerte Knochen überliefert. Die Knochen könnten zerstört worden sein.

Aber es gibt noch eine ganz andere Möglichkeit, die zugleich eine viel interessantere ist. Es gibt nämlich die Möglichkeit, daß wir den Menschen jener immer entlegeneren Tage gar nicht erkennen, auch wenn uns Knochen von ihm überliefert wären.

Wir besitzen Knochenreste von Menschen, die in der Eiszeit

der nicht allein sehr gut zur Fütterung der Haustiere verwendet werden kann, sondern auch nach angefehlten kleineren Veränden in der Kaffeemühle fein gemahlen, gekocht oder „durchgetrieben“ als Zusatz zu Suppen und sonstigen Gerichten für die menschliche Ernährung sich verwenden läßt.

Soziale Rundschau.

Wer wird nach Friedensschluss zuerst vom Militär entlassen? Ueber diese für die Uebergangswirtschaft so außerordentlich wichtige Frage hat sich im Ausdruß des Reichstages für Handel und Gewerbe der Kommissar des preussischen Kriegsministeriums wie folgt geäußert:

Die Müßiggang des Heeres in den Friedensstand wird nach und nach verlaufen. Wie lange sie dauert, kann kein Mensch voraussagen. Die Heeresverwaltung hat den Grundsat aufgestellt, daß kein Mann entlassen werden soll, der keine Arbeitsgelegenheit gefunden hat.

Kriegswucher, Kriegsschwindel.

Neue Tee-Einkäufer. Eine neue Art von Tee-Einkäufern hat sich in Warschau aufgetan. Der Teegehalt ist ja, wie in England und Rußland, so auch in Polen viel stärker als bei uns, so daß der Mangel an Ware schmerzhaft empfunden wird.

Als das größte Schmirbelprodukt, das je untersucht wurde, beschriebte, wie wir der „Nordd. Allg. Ztg.“ entnehmen, der Vorkriegsmittelkäufer Dr. Stüber vom kaiserlichen Militärhospital in Berlin das Fabrikat, das unter der Bezeichnung „Solo“ statt Del als Salatzusatz von dem Kaufmann Abraham Davidsohn in den Handel gebracht wurde.

Theater und Musik.

Gr. Hoftheater. Als Agathe in Webers „Freischütz“ bestiegte Frä. Sajiß vom Lübecker Stadttheater vollinhaltlich die aus Anlaß ihres Eisa-Gastspiels gewonnenen und im „Lohengrin“-Referat hier niedergelegten Eindrücke.

Arno Nabels „Adam“. Mit des ostpreussischen Dichters Arno Nabels Drama „Adam“, das demnächst am Karlsruher Hoftheater zur ersten Aufführung kommen soll, beschäftigte sich, nach einer Meldung der „Freif. Ztg.“, in diesen Tagen der Vorstand des Goethebundes in Königsberg.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften. Alle hier verglichenen und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Kartellbuchhandlung bezogen werden. Kommunale Frauenarbeit im Kriege. Der Kampf um Dösem zwingt mehr wie je die Frauen, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern.

Wachen z. 1. M das Stüb zum Verkauf gelangte, und auf den Abdruck, jedoch in ganz feinem Druck, als 8. und fettgedrucktes Pflanzensymbol angeordnet wurde. Die Fabrikationsrichtungen bestanden im wesentlichen aus einer Wasserleitung und einem Heiß-, der wegen des Umfanges nicht immer aufgeführt wurde, da das Rubikum in der Meinung, es erzielte einen richtigen Erfolg, das Mittel beehrte.

Die Hopfenzigarre. Da es Tabak nur noch in winzigen Mengen gibt, raucht man — dem Zwange gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — allerlei andere Kräuter. Vom Bundesrat sind 15 Er. Sachstoffe zugelassen. Das Gemisch, das jetzt manchmal als Ersatztabak verkauft wird, läßt zwar eine noch vielfältigere Zusammensetzung vermuten, aber die Verordnung will nur 15 Kräuter.

„Sach in Friedenszeiten hatte der Hopfenhändler schon Zeiten, um in dem mit dem Brauereidirektor forderter er sein Jahrbuch in die Schranken. Aber der böse Krieg machte ihm einen dicken Strich durch die Rechnung, der Export hörte auf, und im Inland zwang eine gemüthliche Verböde durch die Erfindung einer Dänbier genannten Flüssigkeit die Biertrinker zur freiwilligen Enthaltung.

Nach einer offiziösen Mitteilung wird zurzeit noch erzwungen, ob Hopfen als Tabakeratz behördlich anerkannt werden soll. Die Tatsache, daß Erzeugnisse angefertigt werden, genügt der Spekulation schon, den Hopfen aufzukaufen und die Preise zu steigern. Sie wird sich schon nicht verrechnen. Den deutschen Verbrauchern wurden ja schon noch ganz andere Dinge zugemutet, also werden sie wohl auch die Hopfenzigarren bekommen. Sie werden vielleicht sogar noch das holze Gefühl beim „Genuß“ haben, daß diese neue deutsche Zigarre mehr kostet als früher eine „echte Savanna“.

Drama beim zuständigen Ministerium zur Erteilung der Ausführungs-erlaubnis vorzuschlagen, die in Preußen bei Behandlung von Stoffen aus dem alten und neuen Testament notwendig ist, und im Gegenfall zu Königsberg, auch dem Düsseldorfer Schauspielhaus nicht verweigert wurde. Da das Verhalten des Königsberger Polizeipräsidenten der Verhängung eines Jenfurverbotes gleichkommt, weist der Vorkommend mit lebhaftem Bedauern darauf hin, daß ein Vorgehen, wie das der Königsberger Jenfurstelle, in den meisten Fällen und selbst bei einer Zurückziehung des Verbots geeignet ist, Autor und Werk von vorn herein in ein hohes Maß zu rücken.

Strindbergs „Gläubiger“ und „Die Stärkere“ werden bei der Wiedergabe im Konzerthaus am morgigen Mittwoch, zu der die auswärtigen Künstler durch die Intendanten des Karlsruher Hoftheaters eingeladen wurden, in der Besetzung der Mannheimer Erstaufführung vorigen Jahres gegeben. Sie sind durch den Mannheimer Intendanten Dr. Sagemann eingeleitet worden, und es mag interessant sein zu beobachten, wie sich namentlich die ihrer Feinernervigkeit hervorragende Aufführung der „Gläubiger“, die Dr. Sagemann unlängst auch dem Theaterkulturverband zur Mannheimer Tagung als Uebersetzung darbot, im Konzerthaustheater anfallen wird.

Die Wiedergabe im Konzerthaus am morgigen Mittwoch, zu der die auswärtigen Künstler durch die Intendanten des Karlsruher Hoftheaters eingeladen wurden, in der Besetzung der Mannheimer Erstaufführung vorigen Jahres gegeben. Sie sind durch den Mannheimer Intendanten Dr. Sagemann eingeleitet worden, und es mag interessant sein zu beobachten, wie sich namentlich die ihrer Feinernervigkeit hervorragende Aufführung der „Gläubiger“, die Dr. Sagemann unlängst auch dem Theaterkulturverband zur Mannheimer Tagung als Uebersetzung darbot, im Konzerthaustheater anfallen wird.

Städtische gerauschnuß. San d w i s e l s e n Herr Tauberbüch. Bürg. auschüßes zu einer Ordnung ite

Das Rad wird weitergedreht. Die Zuckerrübenenernte ist — laut einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ aus Magdeburg — nach allen Berichten im Durchschnitt voll befriedigend; der Weiterverkauf hat bislang keine nennenswerten Einbußen, der das Vorjahr merklich überholenden Zuckerausbeute gebracht. Es läßt sich nicht verkennen, daß viele Mengen von Zuckerrüben anderweitig Verwendung finden. Die Sorge um den nächsten Anbau klingt durch alle Berichte durch und sie ist trotz der Annahme des Antrages vom 10. November, die Zuckerverzeugung für 1918/19 möglichst durch eine den Preisen der sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse entsprechende Preisfestsetzung für Zuckerrüben zu sichern, so lange nicht behoben, als nicht den Befehlüssen die Tat folgt. Die Mindestpreisforderung lautet heute auf 3,50 M für 50 Kilogramm Rüben, gegen 2,50 M in diesem Jahre, sonst steht die Landwirtschaft eben im Anbau anderer Erzeugnisse den größeren Vorteilen.

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 27. Nov.

Armut und Nähgarn!

Der Mangel an Nähgarn und die wucherische Preisgestaltung machen, wie wir kürzlich schon anführten, die Schwierigkeit, Nähgarn oder Zwirn kaufen zu können, zu einer immer größer werdenden Notlage. Was ist dabei mehr zu beklagen, daß man nichts mehr kaufen kann oder was noch schlimmer ist, nur noch zu schwindelerregenden Wucherpreisen abzugeben wird? Welcher Frau ist es noch möglich, für 1 Rolle Nähgarn, 500 Yards, Friedenspreis 18 s. jetzt 3,10 M, 1 Rolle Zwirn, 100 Meter, Friedenspreis 10 s. jetzt 0,90 M, 1 Karte Zwirn, Friedenspreis 12 s. jetzt 1,40 M zu bezahlen?

Ist es nicht ein Skandal, daß eine solche Wucherei unter den Augen der Behörden gestattet wird? Täglich liest man es in der Zeitung, an den Anschlagtafeln, — spart mit Stoff, streckt die vorhandenen Vorräte an Baumwolle, Wolle und Garderoben wegen Stoffmangels! Arbeitet alte, getragene Garderoben zu neuem! Spart — spart — spart! Aber das erste Erfordernis dazu, Nähgarn zu bekommen, wird der großen Masse der Bevölkerung unmöglich gemacht. Ist der Mangel so groß? Oder sind Wucher und Profitgier wieder die treibenden, volksfeindlichen Kräfte? Haben wir wirklich keine Baumwolle mehr zur Herstellung der Nähfäden, so müßte in erster Linie die Herstellung neuer Stoffe für Auszuggarderoben eingeschränkt werden, Schleierstoffe, Mull und Webel. Für diese Stoffe pro Meter 16 bis 24 M. zu zahlen, ist nur wohlhabenden Menschen und solchen mit sehr hohen Einkünften noch möglich. Eine Bekleidung aus diesen Stoffarten ist keine Lebensnotwendigkeit.

Aber aus älteren, getragenen Kleidern kann eine geschickte, fleißige Hausfrau noch wärmende und gute Sachen anfertigen und eventuell der herrschenden Stoffnot für längere Zeit wirksam entgegenarbeiten. Für fertige Garderobe, Röcke, Kostüme 80 bis 250 M. auszugeben, ist der arbeitenden Bevölkerung eine Unmöglichkeit. Diese Schichten der Bevölkerung sind auf noch vorhandene Kleidungsstücke angewiesen. Doch Nähgarn muß dazu vorhanden sein oder das vorräthige muß schleunigst dem freien Handel entzogen werden. Es darf nicht der Profitgier einzelner Händler überlassen bleiben. Welche fleißige und ordentliche Frau verzweifelt nicht, wenn es ihr nun noch unmöglich wird, die Sachen für sich und die Angehörigen stopfen und flicken zu können? Das ist aber eine Unmöglichkeit bei den eben angeführten Wucherpreisen. Warum warten die zuständigen Behörden wieder so lange bis alle Wohlhabenden sich eingedeckt und alles Vorhandene herangehamstert haben? Erst am Januar 1918 wird eine gleichmäßige Verteilung des Nähgarns in Aussicht genommen. Und dann? Werden dann die Höchstpreise wieder wie bei dem Obst, Gemüse u. a. etwas niedriger, aber auch nur ganz wenig niedriger festgesetzt, als die bestehenden Wucherpreise sind?

Es ist unerhört, daß, trotz aller schlimmen Erfahrungen der Kriegszeit, die Behörden noch immer nicht zu wirklich durchgreifenden Maßnahmen zu bewegen sind, um alle zur Verfügung stehenden Lebensmittel und Gebrauchsgüter der ganzen Bevölkerung gleichmäßig zugute kommen zu lassen.

• Bei Fliegerangriffen wird immer wieder die Wahrnehmung gemacht, daß Personen aus Leichtsinne oder Neugier die von den Behörden getroffenen Anordnungen zum Schutz gegen solche Angriffe nicht befolgen. Da kein Anschlag vorliegt, Personen, die auf diese Weise zu Schaden kommen, aus staatlichen Mitteln zu entschädigen, wird darauf hingewiesen, daß künftig Personen, die bei Fliegerangriffen durch eigenes Verschulden wegen Nichtbefolgung behördlicher Anordnungen verletzt werden sind oder Hinterbliebene solcher Personen grundsätzlich von jeder Vorentscheidung ausgeschlossen werden. („Karlsruh. Ztg.“ Salbamt.)

• Stadtratswahl. Wie schon mitgeteilt, wurde Herr Geh. Hofrat Rebmann für den aus dem Stadtratskollegium ausscheidenden Herrn Maier in den Stadtrat berufen. Wie die „Bad. Landeszeitung“ mitteilt, hat Herr Rebmann, der seinerzeit als Ersatzmann für den Stadtrat gewählt worden ist, die Annahme dieses Amtes abgelehnt. Der Grund zu diesem Verzicht des Herrn Rebmann liegt in dem Willkommen der Parteien, nach dem während der Kriegszeit ausscheidende Stadtratsmitglieder immer durch die Partei ersetzt werden, der das ausscheidende Stadtratsmitglied angehört hat. Da der bisherige Stadtrat Florian Mayer der sozialdemokratischen Partei angehört hat, wird nun auch diese den Nachfolger stellen. Herr Rebmann war der letzte verfügbare Ersatzmann. Infolge des Verzichts des Herrn Rebmann muß nun eine Neuwahl eines Ersatzmannes durch den Bürgerausschuß stattfinden.

• Städtisches Landwirtschaftsamt. Nach einer an den Bürgerausschuß ergangenen Vorlage soll hier ein städtisches Landwirtschaftsamt errichtet und als Vorstand desselben Herr Landwirtschaftslehrer Franz Beckeffer in Tauberbischofsheim bestellt werden.

• Bürgerausschuhführung. Die Mitglieder des Bürgerausschusses sind auf nächsten Montag, 3. Dez., nachm. 5 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Punkte: Einbringung städt. Be-

amten, Lehrer und Arbeiter, Errichtung einer Häufersasse und Errichtung eines Landwirtschaftsamtes.

• Sozialdemokratische Bürgerausschuhführung. Heute abend um 8 Uhr, im kleinen Rathhauseale Fraktionszimmer (Beratung der Bürgerausschuhvorlagen). Das Erscheinen aller Fraktionsgenossen ist notwendig.

• Weihnachtsbesendungen an die badischen Truppen. In Anwesenheit des Großherzogs wurden gestern nachmittag in der hiesigen Filialkaserne die Begleiter verabschiedet, welche die Weihnachtsbesendungen des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz für die Truppen im Felde und die Lazarette an die verschiedenen Fronten bringen. Insgesamt gehen in den nächsten Tagen von hier aus über 2300 Kästen mit rund 160 000 Weihnachtskadetteln ab. Die einzelnen Kadetteln enthalten Pfeifen, Tabak, Zigarren, Messer, Spiegel, Nähzeug, des Weihnachtstuchs des Roten Kreuzes, Schreibzeug und anderes mehr. Zu der Weihnachtsbesendungen hat das ganze badische Land beigetragen.

• Vortrag über Säuglinge und Kleinkinderfürsorge. Wir machen unsere verehrten Leserinnen auf den morgen Mittwoch abend im großen Rathhauseale stattfindenden Vortrag des Herrn Professor Dr. Schloßmann aus Düsseldorf über: „Säuglings- und Kleinkinderfürsorge vom nationalen Standpunkte aus“ aufmerksam. Der Herr Redner ist als tüchtiger Kinderarzt bekannt. Die Frauen werden aus seinem Vortrag gewiß manches zum Vorteil ihrer Kinder lernen können. (Siehe Anzeige.)

• Feldgarn in der Natur. Ein neues Kapitel aus dem unendlich großen, reichhaltigen und mannigfaltigen Buche der Natur war es, das Wilhelm Bölsche am Sonntag abend einer zahlreichen Zuhörerschaft im Museumsaal erschloß. Ein der Wirklichkeit entnommenes Märchenbuch schloß er auf, an dessen wunderbaren Inhalt kein einziges der viel tausenden Märchen des Morgenlandes, unserer wie vergangener Zeiten heranreichen kann. Bölsche berichtet es meisterlich, die Geheimnisse der Natur, die Vorgänge, die so unerklärlich, so unfassbar scheinen, zu schildern, zu erklären, der Reiz wie der Wissenschaftler empfangen gleichen Genuß, der eine wird durch die vollständige Vortragsweise Bölsches angeregt, sich nun auch mit diesen Dingen zu beschäftigen, der andere wird veranlaßt, über die Fülle der Gedanken und Probleme, die Bölsche in seinem Vortrage aufwirft, tiefer nachzudenken. Das Darwinische Gesetz von der Anpassung, der Ueber-einstimmung von Tier und seiner Umgebung war es, das der Redner mit Hilfe zahlreicher Bildnisse erläuterte. Wie die feldgraue Uniform der Soldaten einzig und allein nur den Zweck hat, den Mann im Gelände nicht auffallend erscheinen zu lassen, ihn für das Auge des Gegners unsichtbar oder doch schwer erkennbar werden zu lassen, ihm also einen größeren Schutz gewährt, als die auffallenden, von der Umgebung sich so sehr abhebenden Farben der Friedensuniformen, so hat auch die Natur für ihre Lebewesen solche Schutzfarben und Schutzformen geschaffen, die dem Tiere in seinem Daseinstampfe Schutz und Hilfe gewähren. Bei einem ungemein zahlreichen, prächtigen Bildermaterial, darunter eine große Zahl unmittelbar aus der lebenden Natur entnommenen photographischen Aufnahmen, zeigte Bölsche diese Zusammenhänge. Es waren zwei genutz- und lehrreiche Stunden, die der geschickte Redner den Zuhörern bereitet.

• Orgelkonzert Heise. Man schreibt uns: Anlässlich des Geburtstages der Großherzogin Luise veranstaltet der Organist der Musiksammlung zu Frankfurt a. M. Carl Heise am Dienstag, 4. Dezember d. J., abends 8 Uhr, in der Schloßkirche ein Orgelkonzert zugunsten des „Witwenvereins“ für die Kriegswitwen und Waisen. Dieses Konzert haben stets eine große Anziehungskraft auf das hiesige musikalische Publikum ausgeübt. Das diesmalige Programm bringt Werke alter und neuerer Meister, darunter wieder entzückende Kleinwerke aus dem 16. und 18. Jahrhundert, die das letzte Mal so großen Anklang fanden. Zur Mitwirkung sind hier gleichfalls bekannte Sopranistin Hilke aus Mannheim und der jugendliche erste Konzertmeister vom Frankfurter Opernhaus, Paul Finkenbühler, der letzten durch sein meisterhaftes Spiel hier Aufsehen erregte, gewonnen worden. Der Besuch dieses Konzerts dürfte daher in jeder Hinsicht zu empfehlen sein. Eintrittskarten in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

• Unfall. Gestern nachmittag längten ein 11 Jahre alter Knabe von hier und dessen 8 Jahre alter Bruder auf der Durlacher Allee sich an die Feden eines schwer beladenen Lastwagens. Als der Fuhrmann anhielt, lief der Wagen rückwärts, wodurch der 11 jährige Knabe unter das Radwerk geriet: ein Hinterrad fuhr ihm über Brust und Bauch. Er mußte mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus verbracht werden.

• Feigenommen wurden: ein Schloffer von hier und dessen Ehefrau, welche in letzter Zeit in einem Warenhaus hier Seide in Werte von mehreren tausend Mark entwendeten; sowie zwei Kaufleute und ein Kaufmannslehrling, welche an einem Tank im Rheinhafen Del von erheblichem Werte stahlen.

Tarif für Feldpostbesendungen.

Ueber die Tarife und Versandbedingungen von Briefen und Paketen ins Feld bestehen trotz der langen Kriegsdauer immer noch viele Unklarheiten. Unsere Briefträger können davon erzählen, wie viel Gänge sie machen müssen, weil z. B. viele Feldpostpakete zu schwer oder ungenügend frankiert sind usw. Es dürfte sich daher empfehlen, die hauptsächlichsten Postversandbedingungen nochmals hier folgen zu lassen:

Postfreie sind (in Privatangelegenheiten der Heeresangehörigen) gewöhnliche Briefe bis 50 Gramm (ohne jede Ueberfrachtung), Feldpostkarten und Geldbriefe bis 50 Gramm und bis 150 Mark Wertangabe. Gewöhnliche Briefe über 50 Gramm bis 250 Gramm kosten 10 Pf., über 250 Gramm bis 500 Gramm 20 Pf., Porto, dabei wird über die Ueberfrachtung der Gewichtsgrenze um 10 Proz. hinweggehoben, so daß Briefe bis 275 Gramm für 10 Pf., bis 550 Gramm für 20 Pf. zulässig sind. Ueber 550 Gramm schwere Briefe (z. B. Doppelwäcker) müssen von den Aufgabe-Postanstalten als unzulässig zurückgewiesen und, wenn sie verlässlich abgehandelt worden sind und die Ueberfrachtung des Mißgewichtes unterwegs bemerkt wird, an die Absender zurückgeschickt werden.

Postanweisungen an die Angehörigen des Feldheeres sind nur bis 100 M. zulässig und kosten 10 Pf. Zahlkarten nach dem Feldheer sind nicht zugelassen, doch können Inhaber von Postkonten Zahlungen an Angehörige des Feldheeres bis 100 M. mit Postcheck leisten.

Geldbriefe über 50 Gramm bis 250 Gramm und bis 300 M. Wertangabe kosten 20 Pf., über 300 bis 1500 M. Wertangabe 40 Pf. Zu Geldbriefen dürfen nur Geldbeträge, wichtige Schriftstücke (Verträge, Vollmachten, sonstige Urkunden usw.) und Wertgegenstände (Uhren, Orden usw.) verpackt werden; andere Gegenstände (Lebens- und Genussmittel, Waren, kleine Bekleidungsgegenstände und dergl.) sind vom Versand als Geldbriefe ausgeschlossen.

Gewöhnliche Pakete nach dem Feldheer werden bis zum Höchstgewicht von 10 Kilo bei der Post angenommen und kosten 5 Pf. für das Kilogramm. Mindestporto 25 Pf. Größere Güter (bis 50 Kilo) sind bei der Eisenbahn (Eigent- oder Güterabfertigung) aufzuliefern. Die näheren Bedingungen hängen im Schalterbereich jeder Postanstalt aus. Die Privatbäckereien nach dem Feldheer werden nur bis zum zulässigen Militärpaketamt in der Heimat befördert, von da ab übernimmt die Heeresverwaltung die Weiterbeförderung nach dem Felde. Ersatz für Verlust oder Beschädigung von Feldpaketen wird nicht geleistet.

An Militärpersonen in festen Standorten (Garnisonen usw.) des Deutschen Reichs können alle Postsendungen, also auch Privatpakete wie im Frieden abgehandelt werden. Nur für gewisse Orte im Oberfeld bestehen Beschränkungen hinsichtlich der Pakete. (Ausschneiden und aufbewahren.)

Letzte Nachrichten.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 27. Nov. (Antl.) Neue U-Booteerfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20 000 Brutto-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befinden sich zwei große tiefbeladene Dampfer, von denen einer Munition geladen hatte.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Ein neuer 15 Milliarden-Kredit.

Berlin, 27. Nov. Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf über den Nachtragskredit von 15 Milliarden Mark zugegangen.

Der Mangel an Schiffsraum zum Transport amerikanischer Truppen.

Amsterdam, 27. Nov. „Allgemein Handelsblad“ wird aus London gemeldet: Um so rasch wie möglich amerikanische Truppen nach Frankreich bringen zu können, wird die amerikanische Mission bei der französischen Regierung darauf dringen, eine durchgreifende Reform der Rationierung durchzuführen, damit die Schiffsfrachten vermindert werden. England hat bereits einer solchen Maßregel zugestimmt.

Die neue Alliierten-Konferenz.

Berlin, 27. Nov. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Zürich mitgeteilt wird, findet nach italienischen Blättermeldungen die neue Konferenz der Alliierten am 29. November in Paris statt. Den wichtigsten Gegenstand der Verhandlungen werde die Frage bilden, wie weit die amerikanische Hilfe auszunutzen sei. Es werden auch japanische Vertreter nach Paris kommen.

Französische Klugheit.

Berlin, 27. Nov. Eine Genfer Depesche des „Berliner Lokalanzeigers“ besagt: Das Vorhaben der Petersburger Regierung, alle russischen privaten Geldinstitute zu verstaatlichen, rief in der Pariser Finanzwelt große Verwirrung hervor. Der Außenminister Michon und der Finanzminister Klotz konnten über das gefährdete französische Großkapital keine beruhigende Auskunft geben. Die Pariser Hoffnungen auf den Sturz der Maximilianisten sind infolge der Kopenhagen-Berichte über die Stimmung an allen russischen Fronten, sowie in der Flotte stark herabgestimmt worden.

Eine englische Lüge.

Berlin, 27. Nov. Laut Funknachricht Carnarvon vom 25. November schreibt der Kriegsberichterstatter des „Daily Telegraph“: Die Deutschen leiden unter so starkem Druck, daß sie aus dem Lager von Beaurevais Krüppel und Kranke holten, um sie möglichst schnell in die Schlacht zu werfen. Dies war unmöglich und brutal. Die Leute waren noch zu krank, um kämpfen, und einige selbst zu elend, um stehen zu können. Einer der Gefangenen befand sich im letzten Stadium der Auszehrung.

Hätten die Engländer gegen Krüppel und Kranke zu kämpfen, so müßte die Welt staunen, daß ihnen gegen so elende Truppen ihr verzweifelter Durchbruchversuch nicht geglückt ist.

Russisches.

Amsterdam, 27. Nov. Einem hiesigen Blatte wird aus Petersburg vom 23. November gemeldet, daß die Armeekomitees an der Front die Bildung eines dem maximalistischen Kabinett homogenen sozialistischen Kabinetts vorschlagen, um dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen und mit den Alliierten über die Friedensbedingungen zu verhandeln. Die Vertreter der alliierten Länder haben beschlossen, in Petersburg zu bleiben. — Dem „Allgemein Handelsblad“ zufolge veröffentlicht die Kadettenpartei eine Erklärung, daß die Friedensvorschlüge der Bolschewiki nicht als ein Ausbruch des Willens des russischen Volkes betrachtet werden können. Derselben Blatte zufolge meldet „Daily Chronicle“ aus Petersburg, daß die Bolschewiki den Obersten Murawjew zum Kriegsminister ernannt haben. Ein Versuch Tschernow, eine Koalitionsregierung zu bilden, mißglückte wegen mangelnder Unterstützung von Seiten der Armeekomitees.

Flucht des Zaren?

New York, 27. Nov. („Central News“.) Der Impresario Daniel Frohmann teilt mit, daß es dem Zaren gelungen sei, von Tobolsk über Chabin nach Japan zu fliehen. — Jedem eine Beachtung verdienende Bestätigung dieser Nachricht liegt von keiner Seite vor.

Spanische Entente-Freunde.

Madrid, 27. Nov. (Agence Havas.) Ein Romanones von der liberalen Partei gegebene Offen vereinigte mehr als 900 Gäste. Romanones hielt eine Rede, in der er betonte, daß für Spanien die Notwendigkeit bestehe, gegenüber den Ländern der Entente eine neue Politik zu verfolgen, die sich offen nach der Entente hin orientiere.

Wiedertritt des russischen Botschafters in Amerika. Washington, 27. Nov. „Central News“ melden: Der russische Botschafter Bachmetjew ist zurückgetreten, bleibt aber vorläufig in Washington.

Neues vom Tage.

Stochholm, 26. Nov. (Nicht amtlich.) Amtlich. Ein außerordentlich umfangreiches Feuer wütete seit gestern in den Zellulosefabriken in Marboer bei Gesele. Eine Papiermasse im Werte von 7 Millionen Kronen steht in Flammen.

Malariaübertragung vom Menschen auf den Affen. Da alle Versuche, die von Mensch zu Mensch durch Verimpfung von parasitenhaltigem Blut leicht übertragbare Malaria auch auf Tiere zu übertragen, bisher scheiterten, ist ein jüngst in der Pariser Akademie der Wissenschaften erörterter Fall von großem Interesse. Wie die „Amidau“ mittels gelang das Experiment im Institut Pasteur durch eine intravenöse Einimpfung in die Halsgefäße eines Schimpanzen, worauf die typische Entwicklung zu beobachten war. Auch die Heilung durch Verwendung von Chinin verlief ganz glatt.

Bekanntmachung.

Hierdurch beehre ich mich, die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Sitzung auf Montag, den 3. Dezember 1917, nachm. 5 Uhr in den großen Rathsaussaal einzuladen.

Tagesordnung.

- 1. Menderung der Verbrauchssteuer-Ordnung (Viersteuer) (37).
2. Ankauf von Grundstücken auf Gemarkung Rintheim (38).
3. Entlohnung der städtischen Beamten, Lehrer und Arbeiter während des Krieges (39).
4. Errichtung einer Häuserkasse (40).
5. Verkauf eines Grundstücks in Weierheim (41).
6. Errichtung eines Landwirtschaftsamts (42).
7. Verkauf von Gelände beim neuen Hauptbahnhof (43).
8. Leistung eines Beitrags zur Errichtung eines Erholungsheims für tuberkulöse Kinder.
9. Verhängung der Rechnungen der städt. Spar- und Pfandkassensysteme und der Sparkassensysteme für 1918.

Karlsruhe, den 26. November 1917. 1748
Der Oberbürgermeister.

Museumssaal
Donnerstag, 29. November, 7 1/2 Uhr
Schubert-Abend
Maria Philippi
Konzertsängerin, Basel.
Am Flügel: Georg Mantel, Karlsruhe.
Eintrittskarten zu 3.- Mk., 2.50 Mk. u. 1.50 Mk.
Hofmusikalienhandlung Fr. Doerflinger, Kaiserstrasse 159, Eingang Ritterstr.
Telephon 638, und an der Abendkasse.

Vortrag
des Herrn Professor Dr. Schömann aus Düsseldorf über:
„Säuglings- und Kleinkinderfürsorge vom nationalen Standpunkt aus“
am Mittwoch, den 28. November ds. Jrs. abends 8 Uhr, im großen Rathsaussaal.
Indem wir auf diesen Vortrag eines der hervorragendsten Männer auf diesem Gebiet aufmerksam machen, laden wir die Frauen und Freunde der Sache aus allen Kreisen der hiesigen Einwohnerschaft freundlichst ein. Eintritt unentgeltlich.
Der Vorstand des Bad. Frauenvereins.

Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe, Wilhelmsstrasse 34, 1 Tr.
Wintermäntel, Plüschmäntel, Seidenmäntel, Wettermäntel, Mantelkleider, Jackenkleider, Röcke, Blusen, Unterröcke, Pelze, Muffe, Plüschgarnituren.
Grosso Auswahl. — Keine Ladenspesen. 1675

Wir empfehlen unser gut sortiertes Lager in
Noten für alle Instrumente
Versand nach auswärts erfolgt pünktlich. 1629
Odeon-Musikhaus
Karlsruhe. Kaiserstrasse 175.

Fene Glasfenster wurde. In der Nähe des Drieses Einigung, dem letzten antiken Überbleibsel (Kaiser Maximilian) wird neue Glasfenster gesetzt. Es wurden die Grundmauern des Fensters freigelegt, wahrscheinlich Reste eines römischen Gebäudes aus der Zeit der Maximilianerzeit, bestehend aus einem Kamin, Kofene und Kofene. Soldatische Ausrüstungsgegenstände, Inschriften, die auf die Zeit 236 oder 239 n. Chr. schließen lassen, und im Heiligtum Bildsäulen des Mars und der Victoria lassen keinen Zweifel über den militärischen Charakter der Ansiedlung, die die Verbindung zwischen Abujina und Limes sichern sollte.

Für junge Mädchen, die Ausicht suchen. Eine klugfertige Polizeiverwaltung sucht das weitpreussische Städtchen Rosenberga zu besitzen. Einem Tages erschien in der Ortszeitung eine Anzeige, in der zwei junge Mädchen in folgender Weise Herrenbekanntschaft suchten: „Zwei lebenslustige, bessere junge Mädchen, denen es hier im Städtchen langweilig ist, suchen die Bekanntschaft junger gebildeter Herren (Alter unter 70 Jahren). Bedingung: heiteres, kultiviertes Wesen, angenehmer Charakter, Heirat nicht bedingt, jedoch Teilnehmer an Partien und Winterport.“ Die in dieser Zeit so lebenslustigen besseren Mädchen werden nicht wenig erstaunt und hoffentlich auch ein bisschen verärgert gewesen sein, als sie in der folgenden Nummer der Zeitung folgende zeitgemäße Antwort der Polizeiverwaltung lesen mußten: „Den zwei jungen Mädchen, die in der vorigen Nummer dieser Zeitung über-

Die Fürsorge-Vermittlungsstelle der Kriegsamtstelle Karlsruhe

erteilt allen im vorerwähnten Hilfsdienst tätigen Frauen und Mädchen kostenlos Auskunft und Rat in allen ihren persönlichen Angelegenheiten:
Montags und Donnerstags von 5-7 Uhr im
Arbeitsamt, Zähringerstr. 100, 3. St., Zimmer 20.

Zither-Unterricht umsonst

erhält Herr Wilhelmstraße 32, 1 Treppe, eine Afford-Zither samt Vorlag, preiswerte Instrumente, ohne Notenkenntnis, leicht spielbar. Eine Freude für Alt und Jung.
Solide halber Teilzahlung gestattet.

Sendet Karten ins Feld.

Atlas der Ost- und Südostfront, 5 farbige Karten von 1. Südwestrussland, 2. Nordwestrussland, 3. Rumänien, 4. Mazedonien, 5. Aegypten.

Atlas der Westfront, 5 farbige Karten von 1. Isonde-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Verdun, 4. Toul-Nancy, 5. Kolmar-Belfort.

Die Karten sind gut beschriftet und deshalb zur Orientierung sehr geeignet.
Preis des gebundenen Taschen-Atlas 1 Mark. (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto).

Venedig und die Piave-Linie

neueste Karte vom
Italienischen Kriegsschauplatz
gut beschriftet und sehr übersichtlich.
Preis 60 Pfg. (nach auswärts 5 Pfg. Porto).
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24
Telephon 128.

Zuverlässiger
Nachtwächter

zum sofortigen Eintritt gesucht. Kriegsbeschädigte mit leichten Armschäden können Berücksichtigung finden.

Gesellschaft Sinner
Karlsruhe-Grünwinkel.

Für unsere Marmeladenfabrik suchen wir zum sofortigen Eintritt

jüngere Burschen
und
Mädchen.

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
in Karlsruhe-Grünwinkel.
1388

Gesucht werden:

Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen zum Anlernen sowie
Stundenfrauen für häusliche Arbeiten
für sofort oder später

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, 3. Stock.

Langenreihe liegen, empfehlen wir, in einem landwirtschaftlichen Berge, in der Werkstatt des Schneidermeisters Wimpfing hier oder in einer Munitionsfabrik Beschäftigung zu suchen. Auch im Bureau des Kreisarbeitsamtes hier wird ihnen bereitwillig Arbeit zum Verarbeiten der Langenreihe nachgegeben werden.

Briefkasten der Redaktion.

Landw. G. St., 8. Komp. im Felde. Sie erhalten schriftlich Nachricht.

Nr. 100 Z. A. Anspruch auf Beförderung gilt es nicht. Wenn Sie nach einem bad. Regiment versetzt werden wollen, müssen Sie den Antrag bei Ihrem Truppenchef stellen.

Kriegermutter. Es ist richtig, daß mit Wirkung vom 1. November 1917 ab eine Erhöhung der Familienunterstützung eintritt. Die erhöhte Unterstützung konnte in Karlsruhe beim letzten Zahlungstermin jedoch noch nicht zur Auszahlung gelangen, weil die neuen Sätze noch nicht vom Bezirksamt festgesetzt waren. Bei den Veröffentlichungen der Presse handelte es sich erst um die Anträge der Kriegsunterstützungskommission und des Stadtrats. Sobald die neuen Sätze vom Bezirksamt festgesetzt sind, muß das Kriegsunterstützungsamt die Differenzen zwischen den alten und den neuen Sätzen ab 1. November 1917 nachzahlen.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnotizen und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den hiesigen Anzeiger: Hermann Koll; für die Anzeiger: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24

Tüchtige Stenotypistinnen

für Kanzleien und Privatgeschäfte werden für sofort und später gesucht.
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, 3. Stock.

Tüchtiger, militärfreier
Vorarbeiter

für Verladungen und Entladungen zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerber wollen sich in unserer Marmelade-Fabrik melden.
Gesellschaft Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel.

Mundharmonikas
das beliebteste Geschenk für unsere Krieger
in grosser Auswahl
Odeon-Musikhaus,
Karlsruhe, 1719
Kaiserstr. 175. Tel. 839.

Pfannkuch & Co
Wir empfehlen:
Früh gewässerten
Starkfisch
Pfund 1.80
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten
Verkaufsstellen.

Gute Leipziger
Pelze
in grosser Auswahl.
Extra billig! — Nur
Karl-Friedrichstrasse 6
1 Treppe
(Neb. Fa. Spiegel & Wels
Nähe Schlossplatz).
Keine teure Ladenmiete.
1275 K. Schorpp.

Geübte
Weißnäherinnen
für Heimarbeit auf Militär-
unterhofen sofort gesucht.
Nähtube L. Renner
Nitterstraße 17.

Kräfftige
Arbeiter
für meine Schwammstein-
fabrik gesucht.
Friedrich Chr. Riefer,
Karlsruhe-Rheinhausen.

Strickerinnen
für Heimarbeit sofort gesucht.
Nähtube L. Renner
Nitterstraße 17.

Kaufe Betten, Schränke
Chaiselongues, Sofas,
Matratzen, Vertikos,
Angebote Krämer, Karlsruhe.
Kaiserstraße 65.

Empfehle mich im
Nähtube L. Renner
Grenzstr. 6, 2. St. links. Zu
erfragen zwischen 5 und 6 Uhr

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Geschlechtsnamen. Otto Karl Heid von hier, Architekt hier, mit
Maria Böhle von hier. Georg Steinmann von Magdeburg,
Monteur hier, mit Emilie Reutlinger von hier. Julius Wagner
von Binan, Schlosser hier, mit Emma Baumann von Hausen.
Geburten. Elisabeth, V. Karl Weiß, Forner. Eva Marie
Vielotie, V. Dr. Wilhelm Kirchhoff, prakt. Arzt. Rudolf Adolf
V. Heinrich Hölzer, Eisenarbeiter. Karl, V. Seraphin Eugen
Schubmacher. Erka Luise, V. Heinrich Kempf, Schlosser.

Todesfälle. 23. Nov. Verla Friedrich, ledig, ohne Gewerbe, alt
55 J., Mathilde Stöck, alt 24 J., Ehefrau von Ernst Stöck,
Gemeindeführer. Matthias Adam Kreil, Bäcker, Maurermeister, alt 79 J.
Albert Kraft, Bäcker, Metzger, alt 65 J.

Die
mangopolitischen
gedenken
werden;
mehr zu
sentlich a
Nationala
weit her
ist, wenn
nete D
ist neuer
ins vom
500 Milli
bracht wi
hörun g
Lassen w
die große
beauder.
daher ni
tungen, d
werden fo
schreibi:
„Dr
Gegenje

Die
mangopolitischen
gedenken
werden;
mehr zu
sentlich a
Nationala
weit her
ist, wenn
nete D
ist neuer
ins vom
500 Milli
bracht wi
hörun g
Lassen w
die große
beauder.
daher ni
tungen, d
werden fo
schreibi:
„Dr
Gegenje